



LIN25.DE

Mieter- und Nachbarschaftsinitiative München Untersending

Antrag zur Bürgerversammlung des Stadtbezirks 6 (Sendling) 20.11.2025

Bodennutzung auf Grundstücken mit hohem Maß an bereits vorhandener Bebauung

Antrag

1. Die Stadtplanung in München wird aufgefordert, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und der Behandlung von Bauanträgen nach Art 34 BauGB noch unversiegelte Flächen zu erhalten. Die Stadtplanung muss die Interessen der Allgemeinheit vor die Bedienung ausschließlich profitorientierter Immobilienverwerter stellen.
2. Bei der Planung soll auch der Rückbau bereits versiegelter privater und öffentlicher Grundstücksflächen unterstützt werden – etwa durch Rückbau von Parkplätzen oder die Entsiegelung von Hinterhöfen. Dabei ist auch an eine bewusste Förderung von Initiativen aus der Bürgerschaft zu denken, durch Baumpflanzungen die negative Baubilanz in der Stadt München auszugleichen.
3. Nachverdichtungsmaßnahmen auf noch unversiegelten Grundstücksflächen im bereits hoch verdichteten innerstädtischen Bereich der Stadt München sollen unterbleiben.

Begründung

- Die Auswirkungen der Klimaveränderungen erfordern **dringend notwendige Anpassungen im Städtebau**.
- Dazu zählt u.a. auch **der bestmögliche Erhalt von unversiegelten Flächen**.
- Unversiegelte Bodenflächen helfen, die **gesellschaftlichen Kosten für die Erhaltung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse in Städten zu reduzieren**, und tragen zur **Artenvielfalt** bei.
- Sie mindern die **Überhitzung in städtischen Räumen** und mindern Hochwasserereignisse ab, entlasten die städtische Kanalisation und entlasten dadurch kommunale Kosten.
- **München** hat mit **47%** gegenüber Berlin (39%), Hamburg (36%) und Köln (34%) im Vergleich den höchsten Versiegelungsgrad.
- Es muss durch den **Erhalt bestehender Grünflächen** widerstandsfähiger gegenüber der Klimaveränderung und damit drohender Erwärmung werden.